



Ein Jahr danach: Am 6. Dezember 1993 feiern in Luzern die EWR-Gegner noch einmal den historischen Sieg

Foto: Keystone



Das Nein der SVP (l.) und Enttäuschung in der Westschweiz am 7. Dezember 1992

«Die EG-Vorschläge sind als Frechheit zu betrachten und sogar für die Schweiz als unwürdig zu qualifizieren»

Kaspar Villiger, Verteidigungsminister

«Die Verhandlungen erwiesen sich zugegebenermassen als eine ununterbrochene Abfolge von Enttäuschungen»

Flavio Cotti, Innenminister

«In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, dass sich die Schweiz tranchenweise abschlachten lässt»

Arnold Koller, Justizminister

«Ein EWR, wie er sich nun jetzt abzeichnet, bedeutet eine Satellisierung der Schweiz»

Otto Stich, Finanzminister

Um 7 Uhr morgens ist eine Sitzung anberaumt. Nach kurzer Diskussion stellt Adolf Ogi den Antrag auf einen EU-Beitritt. Cotti, Delamuraz, Felber und Ogi stimmen dafür – Koller, Stich und Villiger dagegen. «Ein derart weitreichender Entscheid wie das EU-Beitritts-gesuch wird in einer kurzen Morgensitzung beschlossen – ohne Traktandierung und ohne schriftliche Begründung!», empört sich Stich später in seiner Autobiografie. Es existiere nicht einmal ein Protokoll.

Für die EWR-Gegner um Christoph Blocher ist es ein Geschenk. Der Abstimmungskampf wird ungewohnt heftig geführt. Das Land befindet sich nach dem Fall der Berliner Mauer in einer Identitätskrise. Unsicherheit macht sich breit, Skandale wie der Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp, die Fichen-Affäre, die Geheimorganisation P-26, die missglückte 700-Jahr-Feier erschüttern das Selbstverständnis. Die Wirtschaft fürchtet, vom sich neu ordnenden Europa abgehängt zu werden. «Die Schweiz AG – vom Sonderfall zum Sanierungsfall», lautet der Titel eines Buches von renommierten Ökonomen.

Ein Erdbeben, das die Parteienlandschaft umpflügt

Im Abstimmungskampf dominieren wirtschaftliche Untergangsszenarien. Doch die Katastrophenwarnungen verfangen nicht. Am 6. Dezember 1992 lehnt das Volk bei einer Stimmbeteiligung von 78,7 Prozent – der höchsten seit Einführung des Frauenstimmrechts 1971 – den EWR-Vertrag mit einer knap-

pen Mehrheit von 50,3 Prozent der Stimmen ab. Klar scheitert er am Ständemehr.

Christoph Blocher und seine SVP gewinnen gegen eine Übermacht von Bundesrat, Parteien, allen Kantonsregierungen, Gewerkschaften, den meisten Medien und einem Grossteil der Wirtschaft. Es ist ein Erdbeben, das die Parteienlandschaft umpflügt, das Land in vielen wichtigen Fragen in zwei Lager spaltet und die politischen Auseinandersetzungen auf Jahrzehnte prägen wird – bis heute.

In den Nationalratswahlen im Oktober 1991 war die SVP nur viertstärkste Partei mit 11,9 Prozent Wähleranteil. Acht Jahre später ist sie die grösste Partei und bleibt es, mit Anteilen von jeweils mehr als einem Viertel der Wähler. Die vorher dominierende politische Mitte wird zunehmend zersplittert.

Die Untergangsszenarien bewahrheiten sich nicht. Mit umfangreichen Reformen wird der Binnenmarkt belebt, und mit den Bilateralen Verträgen erhält die Schweiz den Zugang zu den EU-Märkten. Trotz des Neins zum EWR ist die Anbindung an die EU heute weit enger als damals. Die Schweiz übernimmt freiwillig grosse Teile der EU-Gesetzgebung und -Rechtsprechung. Die Integrations-schritte sind zwar umstritten, aber das Stimmvolk sagt jeweils Ja.

Eine Frage bleibt jedoch so virulent wie vor 30 Jahren: Wie soll es mit den Beziehungen zur EU weitergehen? Auch nach der Beer-digung des institutionellen Rahmenabkommens bleibt die Frage offen, das Land gespalten.

«Jetzt begreife ich die jahrelange Wut und tiefe Feindschaft mir gegenüber»

Christoph Blocher zeigt sich überrascht über die Aussagen der Bundesräte, die durch die Veröffentlichung der bisher geheimen Bundesratsprotokolle bekannt wurden

Herr Blocher, seit einer Woche kann man die Protokolle des Bundesrats zum EWR-Beitritt lesen. Man sieht, dass der Vertrag in der Regierung extrem umstritten war. Teilweise meint man gar, es sei Blocher, der da sprach. Was war neu für Sie?

Nicht, dass der Bundesrat gespalten war, ist neu. Aber die damals negative Beurteilung durch die einzelnen Bundesräte ist völlig neu für mich.

Die europafreundlichen Bundesräte Felber und Cotti sprachen von Satellisierung der Schweiz, Villiger vom Kolonialstaat, genau wie Sie im Abstimmungskampf. Hat Sie das überrascht?

Ja. Dass gleich mehrere Bundesräte von der Kolonisierung und einer Satellisierung der Schweiz sprachen – Bundesrat Villiger sagte klar, der Vertrag führe die Schweiz in «eine Kolonie mit Autonomiestatus» –, war mir neu. Die Mehrheit hat also gewusst, dass das ein unannehmbare Vertrag ist. In der Öffentlichkeit sagten sie dann aber das Gegenteil.

Sie haben im Abstimmungskampf gegen den EWR zum Teil die gleichen negativen Begriffe verwendet wie der Bundesrat in den internen Diskussionen. Wurden Sie mit Indiskretionen bedient?

Nein, nein! Um zu erkennen, dass es um einen Kolonialvertrag ging, genügte der gesunde Menschenverstand. Aber die gleiche Doppeltzungigkeit gab es auch in der Wissenschaft. Der Staatsrechtler Daniel Thürer schrieb früh in der NZZ, der EWR-Vertrag trage «koloniale Züge», stritt später aber alles ab. Eine Kolonie ist ein Land, das von anderen Ländern bestimmt wird. Der EWR lagerte einen wichtigen Teil der schweizerischen Gesetzgebung an die EU aus: Fremde Gesetze und fremde Richter wären zu übernehmen gewesen. Leider war das auch wieder das Ziel des Rahmenabkommens.

In der Öffentlichkeit klang das dann ganz anders.

Ja, als ich den Kolonialvertrag beschrieb, galt ich als Demagoge, Populist, als Lügner, und an der Universität Freiburg hielt ich einen Vortrag, auf dessen Einladung stand: «C'est le diable, qui vient.»

Der Abstimmungskampf war heftig.

Jetzt, nachdem ich diese Protokolle gelesen habe, begreife ich die jahrelange Wut und tiefe Feindschaft mir gegenüber. Sie wussten, wir haben im Volk nicht nur recht bekommen, sondern auch recht gehabt. Und erst noch mit den Worten

«Ich galt als Demagoge»: Christoph Blocher

Foto: Yvain Genevay (LMD)

von Bundesräten. Auch der Bundesrat wusste im Grunde, dass man einen solchen Vertrag nicht unterzeichnen darf. Damals sagte ich spasseshalber: «Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.» Heute sehe ich: Sie wussten es.

Der EWR wurde dem Volk damals als sehr vorteilhaft für die Schweiz verkauft. Heute, in Kenntnis der Protokolle: Hat der Bundesrat im Abstimmungskampf gelogen?

Zumindest nicht die Wahrheit gesagt. Aber gemäss Protokoll hat ja die Mehrheit der Bundesräte gegen den Vertrag gesprochen. Aber am Schluss des Protokolls steht, der Bundesrat habe dem Vertrag «per Konsens und ohne Abstimmung» zugestimmt.

Das ist doch klar, der Bundesrat hat im Oktober 1991 in Gerzensee die Zustimmung zum EWR beschlossen.

Die Mehrheit der Bundesräte sprach dagegen, aber im Protokoll steht, der Bundesrat habe beschlossen, per Konsens und ohne Abstimmung, Ja zum EWR zu sagen. Jetzt begreifen Sie, warum ich als Bundesrat stets eine Abstimmung verlangte. Man muss wissen, wer dafür und wer dagegen ist. Natürlich, wenn die Mehrheit etwas beschliesst, muss sich auch die Minderheit daranhalten, klar. Aber ohne Abstimmung ein Ergebnis zu deklarieren, geht nicht.

Warum?

Wer in der Mehrheit ist, trägt die Verantwortung. Das muss man ertragen. Die Minderheit muss in der Öffentlichkeit die Mehrheitsmeinung vertreten. Das ist Konkordanz, das muss so sein. Aber wenn ich jetzt die Voten aus dem Protokoll lese, dann scheint mir, es hätte im Bundesrat gar keine Mehrheit für den EWR-Vertrag gegeben.

Welche Lehre ziehen Sie aus den Protokollen?

Sie sollten uns die Augen öffnen. Wer in der Verantwortung steht, muss auch die Pflicht haben, klar Nein oder Ja zu sagen. Das ist Führung! Aber sie hatten nicht die Kraft. Wir müssen aufpassen, dass es in der Europapolitik nicht gleich läuft.

Immerhin, beim Rahmenabkommen hat der Bundesrat Nein gesagt.

Ja, das ist erfreulich. Nur: Auch er hat den Mut nicht aufgebracht, der EU klar zu sagen, dass wir keinen Kolonialvertrag – mit fremdem Gesetzgeber und fremden Richtern – unterschreiben können, weil so die Entscheidungsmacht der Schweizer Bürger ausgeschaltet wird. Bundespräsident Parmelin durfte das in Brüssel nicht sagen. Er musste den Rahmenvertrag beerdigen wegen Einzelfragen wie Lohnschutz und Bürgerrechtsrichtlinie etc. Damit werden wir in Zukunft wieder in die gleiche Bredouille kommen.

Wie soll es nun mit der EU weitergehen? Sie macht Druck. Was kann die Schweiz anbieten?

Den Status quo. Man muss den Druck aushalten.

Arthur Rutishauser, Armin Müller

